



Die Ministerin

Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Robin Korte MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/280

A18

24. Oktober 2022

Seite 1 von 8

Aktenzeichen

Telefon 0211 61772-0

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 19. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der o.g. Sitzung hatte ich zugesagt, meinen ausführlichen mündlichen
Bericht zu dem **Tagesordnungspunkt 4 „Strukturwandel in Nordrhein-
Westfalen“** im Nachgang dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

In der Anlage übersende ich den erbetenen Sprechzettel, mit der Bitte um
Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie.

Mit freundlichen Grüßen

Mona Neubaur MdL

Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
poststelle@mwike.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Seite 2 von 8

TOP 4: Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen

Sprechzettel Ministerin Mona Neubaur

Der Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hat sich vorgenommen, den Blick in diesem regelmäßigen Tagesordnungspunkt nunmehr auf das ganze Land zu richten. Aus dem MWIKE werden wir Ihnen hierzu gerne die entsprechenden Informationen über Termine, Programmstarts, Aufrufe, Wettbewerbe und Bewilligungen zur Verfügung stellen.

Der größere Blickwinkel erlaubt es, Strukturwandel in einem umfassenderen Sinne – mit Blick auf die doppelte Transformation Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit sowie beim Übergang in die digitale Gesellschaft – zu beleuchten.

Natürlich steht das Rheinische Revier weiterhin in einem besonderen Fokus. Durch den auf 2030 vorgezogenen Kohleausstieg wird das von Region und Landespolitik gemeinsam getragene Bekenntnis, das Mögliche zum Gelingen des Strukturwandels beizutragen, noch einmal bekräftigt.

Insgesamt geht es darum, „vor die Welle“ zu kommen, d.h. Wachstum, Beschäftigung und gute Bedingungen für die grüne und digitale Transformation unserer Wirtschaft zu schaffen, bevor negative Folgen des Strukturwandels spürbar werden.

Dazu wollen wir uns dem Strukturwandel und der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen in den kommenden Monaten aus mehreren Richtungen nähern:

a) Regionalwirtschaftlich und regionalpolitisch.

Dies betrifft vor allem den kurz bevorstehenden Aufruf Regio.NRW im Rahmen des EFRE und die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen

Wirtschaftsstruktur“ (GRW), die – initiiert durch das BMWK – kurz vor der größten Reform seit ihrer Einführung vor mehr als 50 Jahren steht.

- b) Innovations- und transferpolitisch, auch von den Standorten der Hochschulen und Forschungsinstitute aus betrachtet, damit neue Ideen und Forschungsansätze schneller in die wirtschaftliche Umsetzung gelangen können.
- c) Klimaschutz- bzw. energiepolitisch, denn Strukturwandel und Klimaschutz müssen zusammen gedacht werden.

So werden wir, wie ich es in der Kleinen Regierungserklärung angekündigt habe, Förderprogramme zur klimaneutralen Transformation von Handwerk, kleinen und mittleren Unternehmen und der Industrie starten.

- d) Infrastrukturpolitisch; in meiner Zuständigkeit insbesondere Glasfaser und Mobilfunkausbau, aber auch beim Ausbau der Infrastruktur für Erneuerbare Energien.
- e) Unternehmensstrukturell (Gründungen, Start-ups, Mittelstand und Handwerk), denn erfolgreicher Strukturwandel bedarf der Impulse und der Agilität neu in den Markt tretender Start-ups und bringt die Notwendigkeit mit sich, Geschäftsmodelle flexibel anzupassen.

Dabei soll das Gesamtbild deutlich werden: Die Maßnahmen haben einen strukturpolitischen Zusammenhang, sie strahlen jeweils auf das ganze Land aus, manchmal auch darüber hinaus, auch jene, die sich räumlich auf das Rheinische Revier und das Ruhrgebiet konzentrieren.

Keine Region muss sich deshalb abgehängt fühlen. Dennoch halten wir es im Einklang mit dem Bund (s. Investitionsgesetz Kohleregionen) und der Europäischen Union (s. Just Transition Fund) für richtig und geboten, regionale Schwerpunkte dort zu setzen, wo der Wandel im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung besonders tief greift.

Strukturpolitik im Rheinischen Revier

Lassen Sie mich heute aus diesem guten Grund beim Rheinischen Revier beginnen.

Durch den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung leistet das Rheinische Revier einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz. Es setzt zudem beim Strukturwandel auf Klimaverträglichkeit und Green-Deal-bezogene Wachstumsfelder. Die Landesregierung schafft den Rahmen, damit sich das Rheinische Revier zu einer europäischen Modellregion für den Green Deal entwickelt. Ich bin davon überzeugt: Das Rheinische Revier kann Vorreiter und Ideengeber für den Klimaschutz weit über das Revier hinaus werden.

Wir wollen es den hier ansässigen sowie neu angesiedelten und gegründeten Unternehmen ermöglichen, innovative Lösungen weltweit auf grünen Wachstumsmärkten abzusetzen, denn neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze entstehen, vor allem durch die Innovationsaktivitäten in den Unternehmen und Betrieben.

Das Rheinische Revier verfügt über hervorragende Kompetenzen insbesondere in den Bereichen der technischen und organisatorischen Lösungen für mehr Klimaschutz sowie für eine digital vernetzte Gesellschaft. Zusammen mit seiner Wissenschaftskompetenz hat die Region beste Voraussetzungen, die für eine umfassende wirtschaftliche Verwertung bei höchsten Ansprüchen an den Klimaschutz notwendig sind. Um diese Potenziale zu heben, möchten wir das Rheinische Revier

zum Innovation Valley entwickeln, das Wirtschaft und Wissenschaft optimale Bedingungen für Innovationsaktivitäten bietet.

Ich bin davon überzeugt, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Strukturmittel zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln des Landes einen großen Beitrag dazu leisten werden, die Region wirtschaftlich, ökologisch und sozial neu und mit einer guten Zukunft zu positionieren.

Dass das Land hier auf einem guten Weg ist, zeigen beispielhaft folgende Zahlen: Von den aktuell im Verfahren befindlichen 318 Projekten im Rheinischen Revier sind mittlerweile 87 mit einem Gesamtvolumen von rund 1,2 Milliarden Euro bewilligt worden. Über die Sommerpause sind acht neue Projekte bewilligt worden.

Beispielhaft möchte ich das Vorhaben „QUIRINUS-CONTROL“ nennen, das neue Lösungen für die Energieversorgungssicherheit realisieren wird. Es kann zum Exportschlager des Rheinischen Reviers werden, neue Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region schaffen und einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den energieintensiven Industrien leisten.

Ziele des Projekts:

- Analyse elektrischer Versorgungssicherheit aus erneuerbaren Quellen bei Industrie- und Gewerbeunternehmen sowie KRITIS-Betreibern in der Region.
- Echtzeit-Monitoring-System im Zeitbereich von unter drei Minuten auf Verteilnetzebene, das die Versorgungsqualität messtechnisch erfasst, visualisiert und KI-basiert analysiert.
- Entwicklung von Verbesserungsmaßnahmen und Empfehlungen für technisch orientierte Anpassungen des regionalen Energiesystems.

Weitere 70 Vorhaben mit einem voraussichtlichen Fördervolumen von insgesamt rd. 2,3 Milliarden Euro stehen vor einer Bewilligung.

Nach bereits drei sehr gut in Anspruch genommenen Einreichungsrunden im Aufruf REVIER.GESTALTEN sind in meinem Haus nun die Arbeiten für eine weitere Runde im Frühjahr 2023 angelaufen. In Kürze werden wir zusammen mit den anderen Ressorts Förderschwerpunkte für diese Aufrufrunde festlegen.

Für die kommende Einreichfrist im Frühjahr 2023 haben wir mit der Bundesregierung vereinbart, bereits im Aufruf die Förderzugänge zu benennen. Davon erwarten wir uns eine deutliche Vereinfachung und Verkürzung des Prozesses bis zur Bewilligung von Projekten.

Angesichts des vorgezogenen Kohleausstiegs im Rheinischen Revier müssen bereits bis 2030 genügend neue und gute Arbeitsplätze entstehen. Dies erfordert eine weitere Beschleunigung und Flexibilisierung der Prozesse, an der alle Verfahrensbeteiligten arbeiten.

So hat der Aufsichtsrat der Zukunftsagentur als Vertretung der Region in seiner letzten Sitzung zur Vereinfachung beschlossen, dass er das Sterneverfahren nicht mehr anwenden und stattdessen nur noch einmal den regionalen Konsens für die auszuwählenden Projekte erteilen möchte. Das Verfahren hatte die Landesregierung auf Wunsch der Region vom Mai 2020 im Oktober 2020 zur Begleitung der Projektqualifizierung durch die Region im Kabinett beschlossen. Die Landesregierung wird diesen Beschluss nun anpassen, um dem Wunsch der Region zu entsprechen.

Aber auch mit der Bundesregierung sind eine ganze Reihe von Vereinfachungen und Verbesserungen vereinbart worden. U.a. beabsichtigt die Bundesregierung, die Bearbeitungszeiten im Bundesprogramm STARK auf ein halbes Jahr zu reduzieren. Es sind Förderdialoge beim Bund vereinbart, um Projekte voran zu bringen, für die es bisher schwierig war, einen Förderzugang zu finden. Die Bundesregierung hat zudem eine Evaluierung bei den Leibniz-Instituten für Wirtschaftsforschung IWH in Halle und RWI Essen in Auftrag

gegeben, damit z.B. der Arbeitsplatzeffekt der Maßnahmen transparent wird.

Weil die wesentlichen Weichen für den Kohleausstieg 2030 in den nächsten siebeneinhalb Jahren gestellt sein müssen, muss alles schneller gehen, auch die Planungsprozesse. Die Task Force Sonderplanungszone soll dazu beitragen, damit wir zügig mehr Erneuerbare Energien im Rheinischen Revier ausbauen, leistungsfähige Gewerbeflächen verfügbar sind und die neuen S-Bahnverbindungen nicht erst in weiter Zukunft fertig werden.

Neben dem Strukturförderprogramm REVIER.GESTALTEN bereitet die Landesregierung verschiedene weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Rheinischen Reviers bei der Bewältigung des Strukturwandels vor.

Ich freue mich insbesondere darüber, dass wir als Landesregierung zeitnah mit dem neuen Breitenförderprogramm der „Zukunftsgutscheine“ gemeinsam mit unseren Partnern im Rheinischen Revier und mit der Agentur für Arbeit ein umfassendes Angebot zur Unterstützung der Unternehmen schaffen, die aufgrund des Kohleausstiegs bzw. der Transformation ihre Geschäftsmodelle verändern müssen. Damit unterstützen wir explizit die Zulieferer von RWE bei der Ansprache neuer Kundinnen und Kunden am Markt.

Auch so entstehen neue Arbeitsplätze im Rheinischen Revier.

Die Strukturförderung im Rheinischen Revier kann eine neue wirtschaftliche Dynamik entfalten, davon bin ich fest überzeugt. Auch ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft bescheinigt dem Wirtschafts- und Strukturprogramm sowie der Schwerpunktsetzung bei der Budgetplanung eine gelungene Ausrichtung. So geht das Gutachten davon aus, dass die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze mehr als kompensiert werden können.

Die Wachstumseffekte der Strukturförderung wirken sich dabei auch außerhalb des Rheinischen Reviers aus. So erwartet das Institut der deutschen Wirtschaft durch Wertschöpfungsketteneffekte und

zusätzliche Innovationsimpulse rund 13.000 neue Arbeitsplätze außerhalb der Region, davon mehr als 3.000 in Nordrhein-Westfalen.

Seite 8 von 8

Das ganze Land kann und wird also von den erheblichen Summen der Strukturförderung profitieren. Dabei Schwerpunkte zu setzen, macht aber Sinn. Alles – vom Technologiezentrum und Gründer-Hub bis zum exponierten Wasserstoffstandort – landesweit flächendeckend auszurollen wäre teuer und führte zu unausgelasteten Doppelstrukturen. Es ist richtig, strukturpolitisch zu steuern, die Regionen spezifisch, d.h. mit ihren jeweiligen Stärken und Schwächen zu adressieren, Schwerpunkte zu setzen, diese Schwerpunkte dann aber auch durchzuhalten, sie also im wahren Sinne des Wortes nachhaltig zu verfolgen.

Dabei haben wir unser Ziel fest im Auge: Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu entwickeln. Bei den großen Transformationsaufgaben ist niemand Einzelkämpferin, keiner Einzelkämpfer. Wir wollen Strukturwandel und Transformation gemeinsam gestalten – mit den Kommunen, den Regionen, den Bürgerinnen und Bürgern, den Kammern und Unternehmensverbänden. Wir können nun gerne auf einzelne Aspekte eingehen. Ich freue mich auf Ihre Fragen und Anmerkungen.

Vielen Dank.